
Pressemitteilung

Regelmäßige Konzertierungen mit den Öffentlichen Sozialhilfezentren

**Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereitet sich
gemeinsam mit den ÖSHZ auf die Reform des
Arbeitslosengeldes vor**

Eupen, 21. Mai 2025 – Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereitet sich in enger Abstimmung mit den Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) auf die anstehende Reform des Arbeitslosengeldes auf föderaler Ebene vor. Ziel des Austauschs ist es, die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen zu analysieren, mögliche Herausforderungen zu identifizieren und Lösungen zu erarbeiten.

Im Rahmen einer Konzertierung an der Klötzerbahn 32 trafen sich Sozialministerin Lydia Klinkenberg und Bildungs- und Arbeitsminister Jérôme Franssen mit Vertreterinnen und Vertretern der ÖSHZ. Dabei wurden die jüngsten Entwicklungen auf föderaler Ebene vorgestellt und konkrete Fragen zur praktischen Umsetzung diskutiert.

„Gerade für Menschen in prekären Lebenssituationen ist es wichtig, dass sie auf Stabilität und Orientierung zählen können. Die Reform des Arbeitslosengelds auf föderaler Ebene schafft viele Unsicherheiten. Umso wichtiger ist ein enger Austausch mit den Sozialhilfezentren“, betonte Sozialministerin Lydia Klinkenberg.

Arbeitsminister Jérôme Franssen, der bereits Anfang Mai an der Interministeriellen Konferenz (CIM) teilgenommen hat, bei der auch diese Reform behandelt wurde, unterstrich die Notwendigkeit eines effizienten und datengestützten Informationsflusses zwischen den beteiligten Stellen. Nur so könne sichergestellt werden, dass arbeitsuchende Personen frühzeitig und zielgerichtet beraten und unterstützt werden.

„Die Reform wird zusätzliche finanzielle Belastungen für Gemeinden, ÖSHZ, und die DG mit sich bringen – deshalb ist eine Umsetzung ohne Mehrkosten für Gemeinden, ÖSHZ, und die DG unerlässlich“, so Minister Franssen.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird den konstruktiven Austausch mit den Sozialhilfezentren und weiteren Akteuren fortsetzen, um eine fundierte Vorbereitung und bestmögliche Umsetzung der Reform sicherzustellen.